

## Im Westen nichts Neues

Der Landesnaturschutzverband (LNV) kritisiert die Trassenwahl für die B31 West

**Breisach/Gottenheim.** Der Arbeitskreis Freiburg-Kaiserstuhl im Landesnaturschutzverband (LNV) kritisiert nach der Bekanntgabe der Trassenauswahl für die B31 West zwischen Gottenheim und Breisach in einer Pressemitteilung die Pläne zum Neubau der „B 31 West“. „Angesichts der vom Bundesverkehrsministerium vorgestellten Vorzugsvariante, zu der noch die Details vollkommen fehlen, werfen sich für den Landesnaturschutzverband jetzt schon zahlreiche Fragen auf, die im Zuge des nun wohl anlaufenden Genehmigungsverfahrens geklärt werden müssen“, so Peter Lutz, Sprecher des Arbeitskreises im LNV.

Für die Entscheidung über die Trasse für die B31 West innerhalb des bundesweiten „Generalverkehrswegeplans“ sei der Bundestag von der sogenannten Nordtrasse ausgegangen, die vergleichsweise ortsnah geführt wurde. Im Projektinformationssystem zum Bundesverkehrswegeplan 2030 sei dazu vermerkt: „Eine umfangreiche Variantenprüfung wurde durchgeführt, die vorliegende (= Nordvariante) hat sich als vorteilhafteste Variante herausgestellt“, so Lutz. Grundlage der Bundestagsentscheidung seien Verkehrsgutachten, umfangreiche Berechnungen der Wirtschaftlichkeit und Kosten-Nutzen-Analysen.

Doch nun habe sich das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Hochspannungstrasse entschieden, die mehrere Kilometer weiter südlich verlaufe. Für den LNV stelle sich deshalb die Frage, ob das Bundesverkehrsministerium mit der eigenmächtigen Entscheidung nicht den Beschluss des Bundestags unterlaufe, der auf Grundlage der Nordtrasse gefällt worden sei. „Da auf der ausgewählten Variante 7 andere wirtschaftliche und verkehrliche Bedingungen herrschen, ist dem Bundes-



Das „Wasenweiler Ried“ (Foto) und das Landschaftsschutzgebiet „Zwölferholz“ bei Gündlingen würden von der Variante 7 durchschnitten. Foto: ma

tagsbeschluss der Boden entzogen. Für den LNV steht daher die Rechtmäßigkeit der Trassenwahl, die vom Bundesverkehrsministerium vorgenommen wurde, in Frage, da er annimmt, dass die Vorgaben des Bundestages missachtet wurden“, schreibt Peter Lutz in der Pressemitteilung des LNV.

Ein weiterer Punkt wird vom LNV kritisiert: 2017 habe das Regierungspräsidium Freiburg das Natur- und Landschaftsschutzgebiet Zwölferholz-Haid ausgewiesen. Dazu gehöre auch ein Landschaftsschutzgebiet (LSG), das einen international bedeutsamen Wildtierkorridor zwischen dem Zwölferholz und dem nördlich gelegenen Schachenwald (FFH-Gebiet) sichere. Doch nun solle die ausgewählte Variante 7 genau dieses LSG durchstoßen. „Sie würde den geschützten Wildwanderweg und bestehende Biotopverbund zerschneiden und seiner Funktion berauben.“ Die Planung zur Straße widerspreche damit den § 3 und 10 der Schutzverordnung. „Weiß denn“, so der LNV, „die linke Hand im Regierungspräsidium - sprich der Straßenbau - nicht, was die rechte - sprich der Naturschutz - tut?“

Mit der überraschenden Bekanntgabe der Variante habe das BMVI ge-

zeigt, „dass es in den Planungen die regionalen Interessen nicht beachten und die regionale Fachkenntnis nicht nutzen will“. Im Vorfeld habe es dem planenden Regierungspräsidium (RP) Freiburg verboten, die betroffene Region über die Variantenprüfung zu informieren. Der LNV erhielt auf eine entsprechende Anfrage, warum es keine Informationen zur Planung gebe, vom Regierungspräsidium Freiburg eine dahingehende Antwort.

Durch die Verlagerung der Trasse nach Süden, vermutet der LNV, würde von der geplanten Straße nur eine geringe verkehrliche Entlastungswirkung für die derzeit stark belasteten Orte Ihringen, Wasenweiler und Bötzingen ausgehen. Dagegen würde die Variante 7 einen bisher unbelasteten Landschaftsbereich zerschneiden und mit einem Lärmteppich überziehen, so Peter Lutz für den LNV, der sicher ist, dass die neue Straße erheblichen, überregionalen Verkehr anlocken würde, „mehr als jetzt auf der bestehenden B 31 zwischen der Autobahn und Breisach unterwegs ist“. Weiter sei zu bedenken, dass die neue Bundesstraße keine andere Straße ersetzen würde, ein Rückbau im Straßennetz sei nicht geplant. (RK)